

Antrag auf dem Landesparteitag von Bündnis 90/ Die Grünen Saar am 09.10.22



Antragsteller:in: GRÜNE JUGEND Saar
(vertreten durch Jeanne Dillschneider und Santino Klos)

Der Landesparteitag möge beschließen:

„Das Saarland braucht eine Vorgriffsregelung im Aufenthaltsrecht!“

Anlässlich des Kabinettsbeschlusses der Ampel Anfang Juli dieses Jahres bzgl. eines neuen „Chancenaufenthaltsrechts“ fordert der Landesparteitag von Bündnis 90/Die Grünen Saar den Saar-Innenminister Reinhold Jost auf eine entsprechende Vorgriffsregelung für das Saarland zu erlassen.

Da bis zum Inkrafttreten des neuen Aufenthaltsrechts gut integrierte Menschen jeden Tag weiter die Abschiebung (ca. 135.000 Menschen im gesamten Bundesgebiet) droht, obwohl diese nach dem neuen Recht bleiben dürften, fordern wir die Landesregierung auf, eine entsprechende Vorgriffsregelung zu erlassen – so wie viele andere Bundesländer das bereits getan haben. Darunter zählen z. B. Rheinland-Pfalz, NRW, Niedersachsen und Brandenburg.“

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich

Der Antrag wurde am 22.09.22 vom Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Saar beschlossen.